

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung /
Finanzierung für die Förderung - MLUL-Forst-RL-FWZ**



LAND BRANDENBURG

Landesbetrieb Forst Brandenburg
- Bewilligungsbehörde -
Vietmannsdorfer Straße 39

17268 Templin

Eingangsstempel

Beantragung des Maßnahmebereiches

**FWZ - Förderung
forstwirtschaftlicher
Zusammenschlüsse**

Aktenzeichen:

(Antragstermine beachten)

Bitte zutreffende Felder ausfüllen oder ankreuzen, dunkel unterlegte Felder nicht ausfüllen

1 Allgemeine Angaben

Code für PEB: 500

1.1 Stammdaten (Allgemeine Angaben)

BNR-ZD:

Nummer des Betriebsinhabers
auf der zentralen Datenbank

Ggf. Titel

Name der FBG

Vorname / Vorsitzende/r FBG

Zuständiges Finanzamt¹⁾ für die Einkommen- bzw.
Körperschaftsteueranmeldung bzw. die Erteilung
der Nichtveranlagungsbescheinigung

Gründungsdatum

Gründungsort

Verantwortliche/r Leiter/in, wenn von obigen
Angaben abweichend (Vollmacht ist beizufügen; sie soll nicht älter als 3 Monate sein)

Registrier-
nummer der FBG

1.2 Anschriften

Postanschrift

Straße und Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Ortsteil

steuerrechtlicher Unternehmens- bzw. Hauptwohnsitz¹⁾

Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)

Postleitzahl

Ort

Ortsteil

TelefonNr. (mit Vorwahl)

ggf. Mobil-TelefonNr.

FaxNr. (mit Vorwahl)

ggf. e-Mail-Adresse und Website

1.3 Bankverbindung

IBAN (International Bank Account Number):

Land

Prüfziff.

Bankleitzahl

Kontonummer

Weitere Zeichen für Bankverbindungen außerhalb Deutschlands

BIC (Bank Identifier Code)

Name der Bank

Name des/der Kontoinhaber/s/in

1) bei den Rechtsformen 1, 2, 13, 15, 21, 22 von Seite 3 das Finanzamt und die Anschrift des Hauptwohnsitzes angeben.

Die Antragsformulare und die Hinweise finden sie auch im Internet unter
www.forst.brandenburg.de

Inhaltsverzeichnis	<u>Seite</u>
1 Allgemeine Angaben	1
1.1 Stammdaten (Allgemeine Angaben)	1
1.2 Anschriften	1
1.3 Bankverbindung	1
1.4 Angaben zur Rechts- und Betriebsform	3
1.5 Ggf. Vertretungsbefugter des Antragstellers (z.B. Bevollmächtigter oder Insolvenzverwalter)..	3
1.6 Allgemeine und spezielle Erklärungen zur Geschäftsführung, Zusammenfassung des Holz- angebotes und Mitgliederinformation und -aktivierung	4
2 Gegenstand der Förderung	7
2.1 Geschäftsführung	GF-7
2.2 Zusammenfassung des Holzangebotes	Holz-7
2.3 Mitgliederinformation und -aktivierung	Medien-7
2.4 Waldpflegevertrag	Waldpflegevertrag-7
2.5 Auswertung der Angebote	8
3 Finanzierungsplan	9
3.1 Gesamtfinanzierungsplan	9
3.2 Begründung der Maßnahme	9
3.3 Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen	9
3.4 Mit der Förderung beabsichtigte Ziele (Indikatoren)	10
4 Beizufügende Anlagen/Information	11
5 Erklärung zur Datenverarbeitung sowie Hinweise und Erklärungen zu Rechts-, Kontroll- und Strafvorschriften	12
5.1 Informationen	12
5.2 Weitere Erläuterungen	13
5.3 Allgemeines	15
5.4 Allgemeine Erklärungen des Antragstellers/der Antragstellerin	15
5.5 Rechte Dritter an Fördervorhaben aus diesem Antrag (Abtretung oder Verpfändung von Ansprüchen)	17
5.6 Angaben zur Vorsteuerabzugsberechtigung und Mitfinanzierung	17
6 Unterschrift	17

Anlagen
 De-minimis
 Erklärung Finanzamt

1.4 Angaben zur Rechts- und Betriebsform

Rechtsform:

01. Einzelunternehmen im Haupterwerb Landwirtschaft
02. Einzelunternehmen im Nebenerwerb Landwirtschaft
03. Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)
04. Kommanditgesellschaft (KG)
05. Offene Handelsgesellschaft (OHG)
06. Eingetragene Genossenschaft (e.G.)
07. Gesellschaft mit beschr. Haftung (GmbH)
08. GmbH & Co. KG
09. Aktiengesellschaft (AG)
10. Körperschaft des öffentlichen Rechts
11. Sonstige juristische Person
12. Kirche/Religiöse Einrichtung
13. Sonstige natürliche Person
14. Öffentlich-rechtliche Stiftung
15. Natürliche Privatperson ohne landw. Erwerb
16. Eingetragener Verein
17. Nichtrechtsfähiger Verein
18. Privatrechtliche Stiftung
19. Anstalt des öffentlichen Rechts
20. Kirchen des öffentlichen Rechts
21. Eheleute
22. Eheähnliche Gemeinschaft
23. Unternehmersgesellschaft (haftungsbeschränkt)
24. UG (haftungsbeschränkt) & CO KG

Betriebsform:

01. Marktfruchtunternehmen (pflanzlich)
02. Futterbauunternehmen
03. Veredlungsunternehmen (Tiere)
04. Dauerkulturunternehmen
05. Gemischtunternehmen (pflanzl./ tierisch)
06. Gemüsebauunternehmen
07. Zierpflanzenunternehmen
08. Baumschule
09. Gartenbauliches Gemischtunternehmen
10. Forstwirtschaftliches Unternehmen
11. Land-/ Forstwirtschaftl. Lohnunternehmen
12. Schäfer/in
14. Weinbaubetrieb
15. Geflügelhaltungsbetrieb
16. Fischerei
13. Sonstige

ökologische Bewirtschaftung

Es ist jeweils genau eine Rechtsform und eine Betriebsform auszuwählen!

1.5 Ggf. Vertretungsbefugter des Antragstellers (z.B. Bevollmächtigter, Insolvenzverwalter)

Achtung: Eine Eintragung an dieser Stelle bewirkt, dass jeglicher Schriftverkehr zu Ihren Anträgen ausschließlich über diesen Vertretungsbefugten geführt wird!

(Vollmacht ist beizufügen gemäß Seite 11 Punkt 4.7)

Name, Vorname; ggf. Unternehmensbezeichnung

ggf. noch Unternehmensbezeichnung

Postanschrift

Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)

Postleitzahl

Ort

Ortsteil

Kommunikationsverbindungen

Tel.Nr. (mit Vorwahl)

FaxNr. (mit Vorwahl)

ggf. Mobil-TelefonNr.

ggf. e-mail-Adresse

1.6 Allgemeine und spezielle Erklärungen zur Geschäftsführung, Zusammenfassung des Holzangebotes (ZusaHag) und Mitgliederinformation und -aktivierung	
1.6.1	Haben Sie bereits Zuwendungen zur Geschäftsführung nach den Zuwendungsvoraussetzungen ¹⁾ der Nr. 4.1.1 - 4.1.2 und 4.5.1 i.V. mit 5.5.1.2 der Richtlinie zwischen 2007 und 2013 in Anspruch genommen? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (erstmalige Beantragung von Geschäftsführung ist nicht förderfähig)
1.6.1.1	Wenn ja, für wie viele Jahre? <input type="text"/> Erstmals im Jahr? <input type="text"/> Zahl bei 1.6.9 eintragen, wenn keine Fortsetzung erforderlich ist.
1.6.2	Beantragen Sie jetzt eine Förderung der Geschäftsführung? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Wenn nein , weiter bei 1.6.3
1.6.3	Wird der Wechsel von der Förderung der Geschäftsführung hin zur Zusammenfassung des Holzangebotes mit <u>diesem</u> Antrag vollzogen? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Wenn nein , weiter bei 1.6.5
1.6.3.1	Wenn ja, erfolgte die Förderung der Geschäftsführung vor dem Wechsel nach den Kriterien der Nummer 4.1.1 - 4.1.2 und 4.4.1 i. V. mit 5.5.1.2 der Richtlinie? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
1.6.3.2	Wenn ja, tragen Sie die Jahreszahl 2011 bei 1.6.9 ein.
1.6.4	Die Fortsetzung für weitere 10 Jahre wurde - für die Geschäftsführung im Jahr <input type="text"/> beantragt - für die Zusammenfassung des Holzangebotes im Jahr <input type="text"/> beantragt
1.6.5	Haben Sie bereits Zuschüsse zur Zusammenfassung des Holzangebotes erhalten? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Wenn ja, wie viele Jahre? <input type="text"/> Erstmals im Jahr? <input type="text"/> Zahl bei 1.6.9 eintragen, wenn keine Fortsetzung erforderlich ist.
1.6.6	Haben Sie bereits Zuschüsse für die Mitgliederinformation erhalten? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Wenn ja, wie viele Jahre? <input type="text"/> Erstmals im Jahr? <input type="text"/> Zahl bei 1.6.9 eintragen.
Beachtung bei Fortsetzung!	
1.6.7	Besteht der forstwirtschaftliche Zusammenschluss zu mindestens 50 % der Anzahl der Mitglieder aus Waldbesitzern mit weniger als 20 ha? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
1.6.8	Haben sie bereits Zuschüsse für Waldpflegeverträge erhalten? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Wenn ja, wie viele Jahre? <input type="text"/> Erstmals im Jahr? <input type="text"/> Zahl bei 1.6.9 eintragen Wenn nein, erstmalige Beantragung im Jahr <input type="text"/> Zahl bei 1.6.9 eintragen
1.6.9	Die Zuwendungshöchstdauer von 10 Jahren beginnt mit folgendem Jahr zu zählen: <input type="text"/> Geschäftsführung (1.6.1.1) <input type="text"/> Zusammenfassung des Holzangebotes (1.6.3.2, 1.6.5) <input type="text"/> Mitgliederinformation (1.6.5) <input type="text"/> Waldpflegevertrag (1.6.8)

1) Zuwendungsvoraussetzungen: Teilnahme Testbetriebsnetz, mind. 800 ha und mind. 100 Mitglieder

1.6.10 Ist forstfachlich ausgebildetes Personal angestellt?

- ja Kann bei Bedarf nachgewiesen werden und liegt im Buchwerk vor.
(nur bei 2.2 ZusaHag und 2.4 Waldpflegevertrag)
- nein Siehe Spezielle Erklärungen unter Punkt 1.6.12.1

1.6.11 Mitgliederinformation und -aktivierung

1.6.11.1 Wieviel Mitglieder hatte die FBG per 31.12. des Vorjahres davon
Neumitglieder (Beitritt Vorj.): Altmitglieder:

Hinweis: Beachte, wenn das beantragte Jahr des Durchführungszeitraumes, abzüglich von 9 Jahren, größer ist als die Jahreszahl bei 1.6.7, dann ist die Förderfähigkeit nicht gegeben.

1.6.12 Allgemeine Erklärungen

Nehmen Sie am Testbetriebsnetz (TBN) teil? ja nein Seit:

Die Teilnahme am TBN erfolgt unter dem Namen .

Hinweis: Die Teilnahme am TBN ist Zuwendungsvoraussetzung. Sofern Sie noch nicht teilnehmen, melden Sie sich bitte bei Herrn Jander an: Landeskompetenzzentrum Eberswalde, Alfred-Möller-Str. 1, 16225 Eberswalde, Tel. 03334/2759150.

1.6.13 Spezielle Erklärungen zur Geschäftsführung

Mitgliedswaldfläche* in ha und Anzahl der Mitglieder

zum Zeitpunkt der Antragstellung.

Die Zuwendungsvoraussetzungen sind erfüllt. ja nein

Die auf Seite GF-7 beantragten Vorhaben dienen nur zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben? ja nein

1.6.14 Spezielle Erklärungen zur Zusammenfassung des Holzangebotes

Das auf Seite Holz-7 beantragte Vorhaben dient nur zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben?

ja nein

Mitgliedswaldfläche*: in ha fm/ha

geplante Vermarktungsmenge: in fm (Beachte Durchführungszeitraum!)

Das Förderkriterium von 2 Efm/ha und Jahr ist . (erfüllt/nicht erfüllt)

Ich/wir erkläre/n, dass ausschließlich Holz der Mitglieder des Zusammenschlusses vermarktet wird, deren Waldflächen im Land Brandenburg gelegen sind.

Mir/uns ist bekannt, dass das verkaufte Holz bis zum Ende des Durchführungszeitraumes in Rechnung gestellt sein muss.

* Bei Verlängerung für weitere 10 Jahre ist ein elektronisches Mitgliederverzeichnis nach Punkt 4.5 der Antragsseite 11 zuzusenden. Kriterien der Verlängerung: Es müssen mindestens 50 Prozent der Anzahl der Mitglieder aus Waldbesitzern mit weniger als 20 ha bestehen.

1.6.14.1 Wenn eine Anstellung zum Zeitpunkt der Beantragung nicht vorliegt, dann wird eine Bewilligung i.V. mit Punkt 4.2.2 und 4.4.4 der MLUL-Forst-RL-FWZ unter die Bedingung gestellt, dass im Durchführungszeitraum forstfachlich ausgebildetes Personal angestellt ist. Der Nachweis bzw. die Erklärung wird spätestens im Verwendungsnachweis eingereicht.

1.6.15 Spezielle Erklärungen zum Waldpflegevertrag

Abschluss schriftlicher Verträge nach Richtlinien-Nr. 4.4.1

Anzahl

Hektar

Mindestlaufzeit der Verträge von 3 Kalenderjahren eingehalten?

ja

Mindestinhalte im Vertrag enthalten?

ja

Mit meiner/unserer Unterschrift erkläre(n) ich/wir, dass die von mir/uns gemachten Angaben im Abschnitt 1.6. richtig und vollständig sind.

Ort,Datum

Unterschrift des/der Antragsteller/s/in

2.2 Zusammenfassung des Holzangebotes

2.2.1 Zuschuss zur Zusammenfassung des Holzangebotes nach 2.2.1. der RL

Sorte	ME	beantragte Menge	Umrechnungsfaktor	Menge (in fm)	Zuschusshöhe
1	2	3	4	5	6
Langholz	fm		1,0		
Kurzholz	rm		0,7		
Waldhackgut	srm		0,4		
Durchführungszeitraum von/bis:			Summen:		

2.2.2 Zuschuss zur Zusammenfassung des Holzangebotes nach 2.2.2. der RL

Sorte	ME	beantragte Menge	Umrechnungsfaktor	Menge (in fm)	Zuschusshöhe
1	2	3	4	5	6
Langholz	fm		1,0		
Kurzholz	rm		0,7		
Waldhackgut	srm		0,4		
Durchführungszeitraum von/bis:			Summen:		

Das Holz zur Erfüllung der Rahmenverträge stammt, unter Bezugnahme auf die vorherstehende Tabelle, von den nachstehenden Mitgliedern:

Name des Mitglieds	Langholz (fm)	Kurzholz (rm)	Waldhackgut (srm)
Summe:			

2.2.3 Territoriale Zuständigkeit

Oberförsterei:

2.3 Mitgliederinformation und -aktivierung

Neumitglieder: x 50 € =

Altmitglieder: x 10 € =

zu beantragende Zuwendung:

2.3.1 Kurzbeschreibung des Teilvorhabens

Homepage (RL-Pkt. 2.3.1 - Maximalbetrag 5.000€):

Druckerzeugnisse (RL-Pkt. 2.3.2 - Maximalbetrag 5.000 €):

Mindestauflage-Flyer für Mitgliederwerbung bei Druckerzeugnissen 100 Stück; turnusmäßig erscheinende Mitgliederinformationen bzw. -blätter oder -zeitungen gem. Anzahl der Mitglieder

Informationsveranstaltung (RL-Pkt. 2.3.3 - Maximalbetrag 2.000€):

Mindestteilnehmerzahl 10 % der Mitglieder einer FBG (begründete Abweichungen sind möglich)
Achtung: Keine Beratungsleistung nach MB II EU-MLUL-Forst-RL!

2.3.2 Territoriale Zuständigkeit

Oberförsterei:

Durchführungszeitraum der Gesamtmaßnahme (Monat/Jahr) von/bis:

2.4 Waldpflegevertrag

Kategorie	Einheit (Anzahl bzw. Fläche in ha)*	Fördersatz in €/Jahr	Maximale Höhe der Zuwendung
Anzahl Waldbesitzer mit einer Vertragsfläche bis 2 ha		120,00	- €
Summe der Vertragsflächen mit mehr als 2 bis 50 ha		60,00	- €
Summe der Vertragsflächen mit mehr als 50 bis 100 ha		30,00	- €
Summe der Vertragsflächen mit mehr als 100 bis 200 ha		15,00	- €
Summe der maximal möglichen Zuwendung:			- €

Hinweis: Unbeachtlich der geforderten Laufzeit der Verträge von 3 Jahren ist immer nur ein Vertragsjahr förderfähig und zu beantragen. Da die Auszahlung im Erstattungsprinzip erfolgt, ist die Summe der maximal möglichen Zuwendung als Verpflichtungsermächtigung des Folgejahres zu beantragen.

* ha auf eine Nachkommastelle gerundet

2.5 Auswertung der Angebote				Beachte: Hinweise in Nr. 4.6 (Seite 11) des Antragsformulars!			Ende der Angebotsfrist:	
Angebot der Firma	Angebot vom:	Posteingang am:	Los-Nr. Angebot-Nr.	Beschreibung der Lieferung/Leistung Bemerkung zum Angebot	Buttobetrag (inkl. MwSt.) €	Skonto / Rabatt €	Bruttobetrag1) ohne Skonto/Rab. €	Vorschlag wirtsch. Ang.
			Los: <input type="checkbox"/>	Beschreibung der Lieferung/Leistung beifügen				
			Ang.: <input type="checkbox"/> /1	Bemerkung zum Angebot:				<input type="checkbox"/>
			Ang.: <input type="checkbox"/> /2	Bemerkung zum Angebot:				<input type="checkbox"/>
			Ang.: <input type="checkbox"/> /3	Bemerkung zum Angebot:				<input type="checkbox"/>
			Ang.: <input type="checkbox"/> /4	Bemerkung zum Angebot:				<input type="checkbox"/>
			Ang.: <input type="checkbox"/> /5	Bemerkung zum Angebot:				<input type="checkbox"/>
			Los: <input type="checkbox"/>	Beschreibung der Lieferung/Leistung beifügen				
			Ang.: <input type="checkbox"/> /1	Bemerkung zum Angebot:				<input type="checkbox"/>
			Ang.: <input type="checkbox"/> /2	Bemerkung zum Angebot:				<input type="checkbox"/>
			Ang.: <input type="checkbox"/> /3	Bemerkung zum Angebot:				<input type="checkbox"/>
			Ang.: <input type="checkbox"/> /4	Bemerkung zum Angebot:				<input type="checkbox"/>
			Ang.: <input type="checkbox"/> /5	Bemerkung zum Angebot:				<input type="checkbox"/>
Begründung zur Auswahlentscheidung zum wirtschaftlichsten Angebot (Kriterien: Preis; Qualität; Fristerfüllung; fachl. Kompetenz)								
zu Los/Ang.-Nr.: <input type="checkbox"/> / <input type="checkbox"/>								
zu Los/Ang.-Nr.: <input type="checkbox"/> / <input type="checkbox"/>								

1) Bei der Berechtigung zum Vorsteuerabzug sind hier die Nettokosten abzüglich des angebotenen Skonto/Rabatt einzutragen!

3 Finanzierungsplan			
3.1 Gesamtfinanzierungsplan			
		Zeitpunkt der voraussicht. Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)	
		Jahr 20 <input type="text"/>	Jahr 20 <input type="text"/>
		in Euro	
1	2	3	4
3.1.1	Gesamtkosten (Summe von Seite 7-GF, -Medien, Spalte 3)		
3.1.2	Eigenanteil (Summe von Seite 7-GF, -Medien, Spalte 7)		
3.1.3	Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)		
3.1.4	beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 3.1.5)		
3.1.5	beantragte Zuwendung* (Summe Seite 7 - Holz, GF, Medien, Waldpflegevertrag)		

3.2 Begründung der Maßnahme	
3.2.1	Zur Notwendigkeit des Vorhabens (u.a.: Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Vorhaben, Vorhaben desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen) <input type="text"/>
3.2.2	Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Vorhaben, alternative Finanzierungsmöglichkeiten) <input type="text"/>

3.3 Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen
Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen (Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller; Finanzlage des Antragstellers usw.) <input type="text"/>

* Zuwendungshöchstbeträge lt. Richtlinie beachten

3.4 Mit der Förderung beabsichtigte Ziele (Indikatoren)		
Indikatorenbezeichnung	Menge	Mengeneinheit
Allgemein (Pflichtangaben)		
Größe FBG - Fläche		ha
Größe FBG - Anzahl der Mitglieder		Zahl
davon: Mitglieder alt:		Zahl
Mitglieder neu:		Zahl
Vorhabensbereich FWZ (wenn zutreffend ausfüllen)		
Geschäftsführung (Gesamtkosten) - Anzahl		Zahl
Zuschuss nach 2.2.1 (2,00 €/fm) - Menge		fm
Zuschuss nach 2.2.2 (0,20 €/fm) - Menge		fm
Zuschuss nach 2.3.1 (Homepage)		Anzahl
Zuschuss nach 2.3.2 (Druckerzeugnisse)		Anzahl
Zuschuss nach 2.3.3 Informationsveranstaltung - Veranstalt.		Anzahl
Zuschuss nach 2.3.3 Informationsveranstaltung - Teilnehmer		Teilnehmer
Zuschuss nach 2.4 Waldpflegeverträge - Anzahl der Verträge		Anzahl
Zuschuss nach 2.4 Waldpflegeverträge - Fläche der Verträge		ha
Zuwendung		€
davon: Anzahl mit Größe bis 2 ha		Anzahl
Fläche mit mehr als 2 bis 50 ha		ha
Fläche mit mehr als 50 bis 100 ha		ha
Fläche mit mehr als 100 bis 200 ha		ha

4 Beizufügende Anlagen/Informationen

verbindlich

- 4.1 Erklärung zum Antrag auf Gewährung einer "De-minimis"-Beihilfe
- 4.2 Teilnahmebestätigung Testbetriebsnetz
(Wenn eine aktive Teilnahme am TBN vorliegt, ist die Anmeldebestätigung nicht notwendig. Die Liste der angemeldeten FBG'en liegt der BWB vor und wird kontinuierlich aktualisiert.)
- 4.3 Mitgliederverzeichnis per 31.12. des Vorjahres für die Zusammenfassung des Holzangebotes und der Mitgliederinformation)¹
- 4.4 elektronisches Mitgliederverzeichnis für Waldpflegeverträge
(Bitte vorab per Mail an die BWB senden.)²
- 4.5 elektronisches Mitgliederverzeichnis bei Fortsetzung für weitere 10 Jahre¹

wenn zutreffend, ist grundsätzlich jedem Antrag beizulegen

- 4.6 **bei Beantragung der Mehrwertsteuer als förderfähige Kosten ein Nachweis zur Nicht-Vorsteuerabzugsberechtigung** (Anlage: Erklärung für Mwst-Förderung - wird durch Steuerberater/Wirtschaftsprüfer/Rechnungsprüfungsamt bestätigt; Finanzämter stellen eine "Bescheinigung in Steuersachen" aus - Erklärung ist jährlich zu aktualisieren.)
- 4.7 bei Beantragungen durch Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, eine Vollmacht, sofern die Beantragung nicht durch den Vorsitzenden erfolgt

Pkt. 4.8 - 4.13 nur bei RL-Nr. 2.1 - Geschäftsführung

- 4.8 Angebotsübersicht und Kostenangebote als Nachweis für kalkulierte Projektkosten
(mindestens 3 Kostenangebote inkl. Leistungsbeschreibung)
- 4.9 Versicherungspolicen
- 4.10 Nachweis über das Beschäftigungsverhältnis und die Höhe der Vergütung
- 4.11 Mietvertrag
- 4.12 sonstige Dienstleistungsverträge (z.B. Werkverträge usw.)
- 4.13 der aktuelle Beschluss der Vollversammlung über die Bestätigung des Haushaltsplanes für das beantragte Jahr und eine Kopie des Haushaltsplanes
- 4.14 die Mitteilungen der Bewilligungsbehörden über den Subventionswert der enthaltenen Zuwendungen im Rahmen der Gewährung von "de-minimis" Beihilfen

Pkt. 4.15 - nur bei RL-Nr. 2.4 - Waldpflegeverträge

- 4.15 abgeschlossene Waldpflegeverträge

freiwillig

- 4.16 aktueller Beratungsvermerk
- 4.17 Sonstiges:

--

¹⁾ Fortlaufende Nummerierung der Mitglieder, Name, Anschrift, Mitgliedsfläche, Summenbildung, Eintritts-Austritts-Datum

²⁾ Mindestinhalte: Waldpflegevertragsnummer, Name, Anschrift, Mitgliedsfläche (Vertragsfläche), Summenbildung (siehe Musterverzeichnis)

5. Erklärung zur Datenverarbeitung sowie Hinweise und Erklärungen zu Rechts-, Kontroll- und Strafvorschriften

5.1 Informationen auf der Grundlage der Artikel 24 und 13 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO; ABl. Nr. L 119 Seite 1)

5.1.1 Informationen auf der Grundlage der Artikel 24 und 13 Absatz 1 DSGVO

a. Verantwortlicher im Sinne des Artikel 24 in Verbindung mit Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe a) DSGVO ist das

Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MLUL)

*Referat 11(Haushalt)
BdH Thorsten Thaddey
Postfach 60 11 50
14411 Potsdam.*

b. Der oder die Datenschutzbeauftragte im Sinne des Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe b) DSGVO ist zu erreichen über

poststelle@mlul.brandenburg.de oder Telefon 0331 866-7189.

c. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Sinne des Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe c) DSGVO erfolgt zu dem Zwecke der Beantragung, Auszahlung, Verwaltung und Überwachung der Förderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bzw. auf der Grundlage anderer Rechtsvorschriften vor allem des Bundes, die Sie der nachfolgenden Nr. 5.2 entnehmen können. Diese Auflistung bezieht sich auf die zum Redaktionsschluss des Förderantrages geltenden Rechtsgrundlagen sowie deren später jeweils gültigen Fassungen.

d. Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) und e) und Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit dem Bundesrecht (insbes. dem GAK-Gesetz) und Landesrecht rechtmäßig, da die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der das Haushaltsreferat als Verantwortlicher unterliegt, und zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt, erforderlich ist.

e. Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist ferner nach § 5 Absatz 1 BbgDSG zulässig, da sie zur Erfüllung der in der Zuständigkeit des MLUL und des Haushaltsreferates als Verantwortlicher liegenden Aufgabe erforderlich ist.

f. Die Empfänger oder die Kategorien von Empfängern Ihrer personenbezogenen Daten im Sinne des Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe e) DSGVO ergeben sich ebenfalls aus der nachfolgenden Nr. 5.2.

5.1.2 Informationen auf der Grundlage des § 13 Absatz 2 DSGVO

a. Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe a) DSGVO: Die Dauer, für die Ihre personenbezogenen Daten gespeichert werden, ergibt sich aus den Zweckbindungsfristen und aus gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.

b. Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe b) DSGVO: Sie werden darüber informiert, dass Ihnen aus der DSGVO die folgenden Rechte zustehen:

- das Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die betreffenden personenbezogenen Daten,
- das Recht auf Berichtigung,
- das Recht auf Löschung,
- das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung oder
- das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung nach Artikel 21 DSGVO, soweit die Verarbeitung auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e) DSGVO beruht, sowie
- das Recht auf Datenübertragbarkeit.

c. Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe c) DSGVO: Entfällt.

d. Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe d) DSGVO: Es steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde zu.

e. Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe e) DSGVO: Die Bereitstellung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist bundes- und landesrechtlich vorgeschrieben, weshalb Sie zur Bereitstellung der im Antrag erfragten Daten verpflichtet sind, da Ihr Antrag ohne diese Daten nicht bearbeitet und die Beihilfen bzw. Fördermittel nicht ausgezahlt werden können.

5.2 Weitere Erläuterungen zur Datenverarbeitung

Ihre Anträge können nur automatisiert bearbeitet werden.

Mit der Einreichung der Antragsunterlagen und der jeweiligen antragsbezogenen Erklärungen ergeben sich auch die nachfolgend aufgeführten Datenverarbeitungen durch die beteiligten Behörden und Einrichtungen, die im System der Agrardatenverwaltung zwingend angelegt sind.

Sollten einzelne Fragen ausschließlich für Beihilfen oder Förderungen von Bedeutung sein, die Sie nicht beantragen wollen, so brauchen Sie die dafür vorgesehenen Angaben nicht zu machen.

Die Bearbeitung Ihrer Anträge schließt die Nachprüfung Ihrer Angaben durch die zuständigen Stellen im Rahmen der Verwaltungs-, Vor-Ort- und Ex-post-Kontrollen gemäß den hierfür einschlägigen Rechtsvorschriften ein.

Dazu werden die von Ihnen mit diesem Antrag vorgelegten Daten und weiteren Nachweise sowie ggf. Ihre Anträge aus den Vorjahren verarbeitet und zur Vermeidung unberechtigter Zahlungen im Rahmen des Verwaltungs- und Kontrollsystems Abgleiche durchgeführt. Dies betrifft Ihre Stammdaten, kontrollbezogene Angaben sowie ggf. zahlungsanspruchsbezogene Angaben.

Die unter "Stammdaten" eingetragenen Angaben zu PLZ und Ort werden bei der Datenerfassung mit dem hinterlegten offiziellen Verzeichnis der Deutschen Post abgeglichen und bei Bedarf angepasst.

Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen der Zweckerfüllung im Sinne vorstehender Nr. 5.1.1 Buchstabe c. und d. folgendermaßen verarbeitet:

- Ihre personenbezogenen Daten aus diesem Antrag werden von der zuständigen Bewilligungsbehörde und dem Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) in Frankfurt (Oder) **für die automatisierte Zahlbarmachung und Verbuchung sowie die Zwecke der Rechtsvorschriften** verarbeitet, die zu diesem Förderantrag einschlägig sind.
- Zur **Auszahlung** übermittelt das LELF Ihre Angaben personenbezogen in dem dazu erforderlichen Umfang an die zuständige Kasse (Landeshauptkasse).
- Zum Zwecke der **Finanzmittelbereitstellung durch den Bund** übermittelt das LELF Ihre Angaben in dem dazu jeweils erforderlichen Umfang an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE).

Weitere Datenverarbeitungen

- a) **Nach § 29 Absatz 3 des Bewertungsgesetzes des Bundes** sind die rechtlichen und tatsächlichen Umstände, die den Landesbehörden im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung bekannt geworden sind und die für die Feststellung von Einheitswerten des Grundbesitzes, für die Feststellung von Grundbesitzwerten oder für die Grundsteuer von Bedeutung sein können, den Finanzbehörden mitzuteilen. In diesem Rahmen übermittelt das LELF Ihren Namen, Ihre Anschrift und Telefonnummer sowie die von Ihnen ggf. beantragten Flächen an das zuständige Finanzamt.
- b) Gemäß der **Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden** durch andere Behörden und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten können Ihre personenbezogenen Daten in dem erforderlichen Umfang durch die Bewilligungsbehörden bzw. das LELF an die Finanzbehörden weitergegeben werden.
- c) Nach **§ 93 des Agrarstatistikgesetzes** in Verbindung mit § 4 des Brandenburgischen Statistikgesetzes werden die personen- und betriebsbezogenen Daten aus Ihrem Antrag jährlich einmal an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg weitergegeben.
- d) Nach **§ 135 Absatz 1 Satz 1 des Flurbereinigungsgesetzes** dürfen im Rahmen von Amtshilfeersuchen der gemäß dem Brandenburgischen Landentwicklungsgesetz für die Durchführung von Flurbereinigungsverfahren zuständigen Stellen Adressen für den Zweck der Ermittlung der Beteiligten von bewirtschafteten Flächen an diese Stellen weitergeleitet werden.
- e) Nach **§ 88 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes** in Verbindung mit § 104 des Brandenburgischen Wassergesetzes dürfen zur Durchführung von Rechtsakten der Europäischen Union nach der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (Wasserrahmenrichtlinie) ausschließlich Adressdaten von Antragstellern zum Zweck der Beteiligung an Gewässerentwicklungskonzepten an die zur Durchführung dieser Maßnahmen zuständigen Stellen zweckgebunden weitergegeben werden.

- f) Die von Ihnen angegebenen Daten werden außerdem nach **§ 197 Absatz 4 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch** zur Feststellung der Versicherungspflicht und zum Zwecke der Beitragserhebung an den Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (als Spitzenverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, Alterskassen und Krankenkassen) übermittelt.
- g) Die ggf. angegebenen flächenbezogenen Daten können auf der Grundlage des § 5 Absatz 1 des BgDSG zur Erstellung von Managementplänen und zur Vorbereitung von Schutzgebietsausweisungen zur **Sicherung von Natura-2000-Gebieten** an die Obere Naturschutzbehörde übermittelt werden.
- h) Ihre personengebundenen allgemeinen Angaben (Stammdaten, Betriebsprofil) können landeseinheitlich **für alle weiteren von Ihnen gestellten Anträge aus dem Geschäftsbereich des MLUL** genutzt werden. Dies schließt eine Verwendung dieser Daten für Anträge im Rahmen der Antragstellung nach den Verordnungen (EU) Nr. 1305/2013, 1307/2013 und 1308/2013 bzw. deren Nachfolgeverordnungen ein.

Mit der elektronischen Verarbeitung sowie auf der Basis der oben genannten Rechtsgrundlagen für die elektronische Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß den

Bestimmungen der EU-DSGVO ist mit umfasst, dass sich die zuständigen Behörden zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe des **Artikel 28 DSGVO** im Rahmen der Verarbeitung personenbezogener Daten auch anderer öffentlicher oder privater Stellen **als Auftragsverarbeiter** bedienen dürfen.

Hiermit werden Sie darüber informiert, dass Ihre Betriebsdaten durch die Daten verarbeitenden Stellen unverzüglich zu **löschen** sind, sobald die genannten Daten zur Erfüllung des Zweckes, zu dem sie verarbeitet worden sind, nicht mehr erforderlich sind. Spätestens nach Ablauf der Zweckbindungs- bzw. der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist sind Ihre personenbezogenen Daten zu löschen

Mit der Antragseinreichung und Ihrer Unterschrift erklären Sie, dass Sie die vorstehenden Hinweise zur Datenverarbeitung zur Kenntnis genommen haben. Sie sind oben darauf hingewiesen worden, dass

- eine Auskunftspflicht nicht besteht, Ihre Angaben jedoch Voraussetzung für die Gewährung der von Ihnen beantragten Beihilfen und Förderprogrammen sind,
- Sie berechtigt sind, jederzeit mit Wirkung für die Zukunft der weiteren Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, dann jedoch die beantragte Förderung nicht erfolgen kann
- die Angabe der Telefon- sowie ggf. der Faxnummer und E-Mail-Adresse freigestellt ist und lediglich der zuständigen Landesstelle zur Vereinfachung etwaiger Rückfragen dient.

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass das Land Brandenburg bei positiv erfolgter

- Beschlussfassung über die Förderung,
- Bewilligung oder
- Durchführung/Abschluss des Vorhabens

über mein/unser Vorhaben bei Bedarf im Rahmen von Veröffentlichungen oder Presseerklärungen die Öffentlichkeit informiert.

ja nein

Ich bin/Wir sind mit der Kommunikation über unverschlüsselten E-Mail-Verkehr einverstanden:

ja nein

--	--	--

Ort, Datum

Name

Unterschrift

des/der Antragsteller/s/in oder des/der Vertretungsbefugten

5.3 Allgemeines

Die verspätete Einreichung von Anträgen oder von mit den Anträgen einzureichenden Unterlagen kann unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ggf. zur Ablehnung des Förderantrages führen.

Bitte teilen Sie auch nach Antragseinreichung jede Abweichung von den Antragsangaben sowie jede andere beihilferelevante Änderung der Rechts- oder Betriebsform und Betriebsverhältnisse (insbesondere bei Betriebsübergabe/-übernahme oder Änderung von Gesellschaftsverhältnissen) sofort schriftlich der zuständigen Bewilligungsbehörde mit.

Das MLUL weist darauf hin, dass Zuwendungen nach § 44 Landeshaushaltsordnung (LHO) nur solchen Empfängern bewilligt werden dürfen, bei denen eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert erscheint und die in der Lage sind, die Verwendung der Mittel bestimmungsgemäß nachzuweisen. Die Bewilligungsbehörde darf im Rahmen ihres Ermessens daher eine Förderung verweigern, wenn gegen den Antragsteller ein Verfahren nach der Insolvenzordnung beantragt oder eröffnet wird. Bewilligungsbescheide, die bereits erlassen sind, aber noch nicht zur Auszahlung gebracht werden, sind in diesen Fällen zu widerrufen (siehe ANBest zu § 44 LHO).

5.4 Allgemeine Erklärungen des Antragstellers/der Antragstellerin

Diese Erklärungen gelten für den gestellten Antrag und die beigefügten Anlagen!

Mir/Uns ist bekannt, dass alle Angaben in diesem Antrag und in den mit diesem Antrag eingereichten Unterlagen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz) und § 1 des Brandenburgischen Subventionsgesetzes sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass alle falschen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben in den einzelnen Anträgen und deren vorgeschriebenen Anlagen, in den mit den Anträgen eingereichten Unterlagen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz) und § 1 des Brandenburgischen Subventionsgesetzes sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass

- ich/wir nach § 3 Absatz 1 Subventionsgesetz verpflichtet bin/sind, auch in Fällen höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände der zuständigen Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen schriftlich mitzuteilen, die Auswirkungen auf die Zuwendung, die Bewilligung, die Gewährung, die Weitergewährung, die Inanspruchnahme oder das Belassen der Zuwendung haben oder ihr entgegenstehen oder für die Rückforderung der Leistungen erheblich sind,
- jede Landesstelle verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, den Strafverfolgungsbehörden, und Tatsachen, die auf eine Steuerstraftat schließen lassen, den Finanzbehörden mitzuteilen,
- ich/wir im Falle höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände innerhalb von **fünfzehn Arbeitstagen** ab dem Zeitpunkt, ab dem ich/wir hierzu in der Lage bin/sind, dies der zuständigen Bewilligungsbehörde schriftlich melden und entsprechende Nachweise vorlegen muss/müssen.
- mir/uns keine Zahlungen zustehen, wenn ich/wir die für den Erhalt solcher Zahlungen erforderlichen Voraussetzungen künstlich geschaffen habe/haben, um einen den Zielen der betreffenden Förderregelung zuwiderlaufenden Vorteil zu erwirken,
- der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt werden kann,
- von der zuständigen Bewilligungsbehörde alle Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Bewilligung der Zuwendung erforderlich sind, auch rückwirkend angefordert werden können.

Mir/Uns ist auch bekannt, dass

- die zuständige Bewilligungsbehörde entsprechend den Beihilfevorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann,
- den zuständigen Landesstellen, der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) und dem Hauptzollamt Hamburg Jonas im Rahmen ihrer Zuständigkeiten sowie den dazu erlassenen Durchführungsvorschriften sowie den Prüforganen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder im Rahmen ihrer Befugnisse das Betreten der Geschäfts-, Betriebs- und Lagerräume sowie das Betreten und Befahren der Betriebsflächen zu gestatten ist. Darüber hinaus sind den genannten Behörden und Institutionen auf Verlangen die in Betracht kommenden Bücher, Aufzeichnungen, Belege, Schriftstücke, Datenträger, Karten und sonstige Unterlagen zur Einsicht zur Verfügung zu stellen, Auskunft zu erteilen und die erforderliche Unterstützung zu gewähren. Bei automatisiert geführten Aufzeichnungen bin ich/sind wir verpflichtet, auf meine/unsere Kosten die erforderlichen Ausdrucke zu erstellen, soweit die zuständigen Stellen dies verlangen. Mir ist bekannt, dass Verstöße gegen diese Duldungs- und Mitwirkungspflichten als Verweigerung der Kontrolle gewertet werden können, was zur Nichtgewährung der Förderung führt,
- die Ansprüche aus dieser Antragstellung erlöschen, wenn ich/wir einem nach den rechtlichen Vorgaben berechtigten Prüforgan die Prüfung verweigere/verweigern.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- eine Umwandlung bzw. Gründung meines/unseres Betriebes nicht der missbräuchlichen Umgehung der Bestimmungen über Begrenzungen von Beihilfezahlungen im Sinne des Subventionsgesetzes dient,
- über meinen/unseren Betrieb zum Zeitpunkt der Antragstellung weder ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde (§ 80 der Insolvenzordnung) noch vom Insolvenzgericht Sicherungsmaßnahmen nach den §§ 21 ff. der Insolvenzordnung angeordnet wurden. Mir/Uns ist bekannt, dass andernfalls meine/unsere Unterschrift unwirksam ist und nur der Insolvenzverwalter unterschriftsbefugt ist,

Mir/Uns ist bekannt, dass im Falle der Eröffnung eines Gesamtvollstreckungs- oder Insolvenzverfahrens umgehend die zuständige Bewilligungsbehörde über diesen Sachstand zu informieren ist.

Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Bewilligungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.

Ich/Wir habe(n) die geltende Förderrichtlinie mit den entsprechenden Bedingungen zur Durchführung des geförderten Vorhabens und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen und erkenne/n diese an.

Ich/Wir habe(n) von den Voraussetzungen für die Gewährung der betreffenden Beihilfen und Zuwendungen Kenntnis genommen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Rechtsgrundlagen und Merkblätter bei der zuständigen Behörde eingesehen werden können.

Ich bin / Wir sind in der Lage, mögliche Folgekosten auch ohne weitere Förderung selbst zu tragen.

Ich versichere, dass in den letzten 5 Jahren gegen mich (Antragsteller bzw. Vertretungsberechtigter nach Satzung oder Gesetz) keine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Absatz 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt wurde oder ich (Antragsteller bzw. nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter) nicht nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt wurde.

5.5 Rechte Dritter an Fördervorhaben aus diesem Antrag (Abtretung oder Verpfändung von Ansprüchen)

Alle Förderungen aufgrund dieses Antrages sind Zuwendungen nach § 44 LHO, welche nach den ANBest des Landes Brandenburg in Verbindung mit § 400 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) weder abgetreten noch verpfändet werden dürfen. Abtretungen oder Verpfändungen von Ansprüchen aus diesen Vorhaben dürfen daher von den Bewilligungsbehörden nicht beachtet werden.

5.6 Angaben zur Vorsteuerabzugsberechtigung und Mitfinanzierung

Ich bin / Wir sind im Rahmen dieses Vorhabens zum Vorsteuerabzug

- nicht berechtigt** (z.B. Kleinunternehmer nach § 19 UStG ohne Verzicht oder kein Unternehmer i.S. des § 2 UStG)
(Nachweispflicht durch den Antragsteller – siehe beizufügende Anlage Seite 10),
- berechtigt** (Regelsteuerung nach § 12 UStG; Pauschalbesteuerung nach § 24 UStG und habe/haben dies bei der Berechnung der Gesamtkosten berücksichtigt Preise ohne Umsatzsteuer),

Mir ist bekannt, dass soweit die MwSt. gefördert wurde und ich nachträglich vorsteuerabzugsberechtigt werde, dieses der Mitteilungspflicht unterliegt. Sollte ich mir die MwSt. für das Vorhaben zurückerstatten lassen haben, ist dieser Differenzbetrag zurückzuzahlen.

Ich/Wir habe(n) für den gleichen Zweck (für dieses Vorhaben/Objekt) keine weiteren öffentlichen Fördermittel erhalten bzw. beantragt.

Wenn dies doch erfolgt ist, bitte hier und im Gesamtfinanzierungsplan (Seite 8) angeben:

Fördermittel in Höhe von:

 €

Jahresangabe:

Fördermittelgeber:

6 Unterschrift

Ich/Wir bestätige(n), dass die von mir/uns in diesen **Anträgen und Anlagen gemachten Angaben richtig und vollständig** sind.

Mit meiner/unserer Unterschrift erkläre(n) ich/wir des weiteren mein/unser Einverständnis zum Abschnitt Nr. 5.2 bis 5.5.

--	--	--

Ort, Datum

Name

Unterschrift

des/der Antragsteller/s/in oder des/der Vertretungsbefugten

Name der FBG:				
Gegenstand der Förderung:				
Erklärung zum Antrag auf Gewährung einer „De-minimis“-Beihilfe				
(Zutreffendes bitte ankreuzen und ausfüllen)				
<u>Zu beachtende Erläuterungen:</u>				
<p>Nach der Verordnung (EG) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 EG-Vertrag auf "De-minimis"-Beihilfen¹⁾ handelt es sich bei der bewilligten Zuwendung um eine "De-minimis"-Beihilfe im Sinne dieser Verordnung. Danach beträgt der maximal zulässige Gesamtbetrag solcher Beihilfen innerhalb eines fließenden Zeitraumes von drei Steuer-/Kalenderjahren 200.000 EUR. Der jeweilige Höchstbetrag gilt für alle Formen staatlicher Beihilfen (z.B. Zuschüsse, Darlehen, Bürgschaften, Beteiligungen), die als "De-minimis"-Beihilfen nach der o.g. Verordnung gewährt wurden. Wird die Beihilfe nicht als Zuschuss, sondern in anderer Form (z.B. Darlehen, Kapitalzuführungen, Bürgschaften) gewährt, so ist das Bruttosubventionsäquivalent²⁾ der Beihilfe maßgeblich³⁾.</p>				
<p>Ich erkläre, dass mir im laufenden Steuerjahr und in den zwei vorangegangenen Steuerjahren über die beantragte „De-minimis“-Beihilfe hinaus</p>				
<p><input type="checkbox"/> <u>keine</u> weiteren „De-minimis“-Beihilfen</p>				
<p><input type="checkbox"/> die nachstehend aufgeführten „De-minimis“-Beihilfen</p>				
<p>im Sinne der bereits genannten Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 bzw. der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 vom 12.01.2001³⁾ gewährt wurden (von der jeweiligen Bewilligungsbehörde im Bewilligungsbescheid bezeichnet):</p>				
Datum des Zuwendungsbescheides/-vertrages	Zuwendungsgeber (Beihilfengeber) Aktenzeichen bitte angeben	Form der Beihilfe (z.B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	Fördersumme in EUR	Subventionswert in EUR
<p>¹⁾ Amtsblatt der EU L 352/1 vom 24.12.2013</p> <p>²⁾ Das Bruttosubventionsäquivalent (BSÄ) ist der Nennwert der gewährten Beihilfe, ausgedrückt als Prozentsatz der gesamten beihilfefähigen Projektkosten</p> <p>³⁾ Erfasst werden nur sog. Transparente Beihilfen. Hierunter versteht die Kommission Beihilfen, deren Subventionswert im Voraus genau berechnet werden kann, ohne dass eine Risikobewertung erforderlich ist.</p>				

*nicht zutreffendes streichen

FWZ - Stand: 17.12.2018

Darüber hinaus habe ich im laufenden sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren

keine weiteren „De-minimis“-Beihilfen beantragt.

die nachstehend aufgeführten „De-minimis“-Beihilfen beantragt, die noch nicht bewilligt wurden:

Datum des Förderantrages	Zuwendungsgeber (Beihilfengeber) Aktenzeichen bitte angeben	Form der Beihilfe (z.B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	Fördersumme in EUR	Subventionswert in EUR

Die hier beantragte „De-minimis“-Beihilfe wird

nicht mit weiteren Beihilfen für dieselben förderbaren Aufwendungen kumuliert.

mit folgender/n Beihilfe/n kumuliert, jedoch wird dabei die sich aus der Rechtsgrundlage der anderen Beihilfe, die keine „De-minimis“-Beihilfe darstellt, ergebende maximale Förderintensität nicht überschritten.

mit folgender/n Beihilfe/n kumuliert; die maximale, sich aus der Rechtsgrundlage der anderen Beihilfe, die keine „De-minimis“-Beihilfe ist, ergebende, Förderintensität wird dabei um einen Betrag in Höhe von EUR (Subventionswert EUR) überschritten.⁴

Datum des Zuwendungsbescheides/-vertrages	Zuwendungsgeber (Beihilfengeber) Aktenzeichen bitte angeben	Form der Beihilfe (z.B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	Fördersumme in EUR	Subventionswert in EUR

Mir ist bekannt, dass die vorstehend gemachten **Angaben subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB)** sind. Nach dieser Vorschrift wird u.a. bestraft, wer einem Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen für sich oder einen anderen **unrichtige oder unvollständige Angaben** macht, die für ihn oder den anderen vorteilhaft sind (**Subventionsbetrug**).

Ich verpflichte mich, Änderungen der vorgenannten Angaben der die Beihilfe gewährenden Stelle mitzuteilen, sofern sie mir vor der Zusage für die hier beantragte Förderung bekannt werden.

Ort, Datum

rechtverbindliche Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin*

⁴⁾ vgl. u.a. Artikel 2 Abs. 5 der Verordnung.

* nicht zutreffendes streichen

FWZ - Stand: 17.12.2018

Erklärung für MwSt-Förderung

(Erklärung durch den Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer,
bei Gemeinden/GV durch das Rechnungsprüfungsamt)

für die Antragstellung zur Förderung von Forstlichen Zusammenschlüssen

Zum Antrag von:

(steuerrechtlicher
Unternehmens- bzw.
Hauptwohnsitz¹⁾)

Antragsteller/in Name / Unternehmensbezeichnung

Vorname / ggf. noch Unternehmensbezeichnung

PLZ

Ort

Straße und Hausnummer

Ortsteil

Steuer-Nr.:

Steuer-Identifikations-Nr.:

Der/die oben genannte Antragsteller/in ist **nicht**
zum Vorsteuerabzug berechtigt.

- Kleinunternehmer nach § 19 UStG
- Unternehmereigenschaft nach § 2 UStG besteht nicht
- Sonstiges/bitte erläutern: _____

Ort, Datum

Name / Stempel / Rechtsverbindliche Unterschrift durch den Steuerberater / oder
Wirtschaftsprüfer / bei Gemeinden/GV durch das Rechnungsprüfungsamt

1) bei den Rechtsformen 1, 2, 13, 15, 21, 22 von Seite 3 das Finanzamt und die Anschrift des Hauptwohnsitzes angeben.